A29 Rechnungsprüfungsbericht 2019

Antragsteller*in: Jannis Ernesti
Tagesordnungspunkt: 2. Rechnungsprüfungsbericht

Rechnungsprüfungsbericht für die Grüne Jugend Berlin für das Haushaltsjahr 2019

Rechnungsprüfer*innen: Jörgen und June

Liebe Grüne Jugend,

mit dem folgenden Rechnungsprüfungsbericht möchten wir, die Rechnungsprüfung, euch einen Überblick über die finanziellen Geschäfte der Grünen Jugend Berlin im Geschäftsjahr 2019 geben.

Wir möchten bemängeln, dass uns entgegen der Vorgabe der Finanzordnung der Jahresabschluss für 2019 nicht fristgerecht zugegangen ist. Statt fristgerecht bis spätestens zum 31.3 konnte uns der Jahresabschluss erst ab dem 18. August zugänglich gemacht werden.

Die Frist von mindestens 10 Tagen bis zur Einladung zur LMV, bei der die finanzielle Entlastung des Vorstands vorgenommen werden soll, zur Erstellung eines Rechnungsprüfungsberichts konnte nicht gewahrt werden, wenngleich laut Finanzordnung diese sowieso schon bis spätestens dem 31. Mai hätte stattfinden müssen. Der Zeitpunkt der tatsächlichen Rechnungsprüfung und der Erstellung des Rechnungsprüfungsberichts war somit der 18. August.

Einerseits haben wir durchaus Verständnis für die für uns alle ungewohnte & besondere Situation der Corona-Pandemie, gleichwohl wäre eine pro-aktivere Kommunikation durch den Landesvorstand wünschenswert gewesen.

Wir habe eine gut sortierte Buchhaltung über das Geschäftsjahr 2019 vorgefunden. Jannis der derzeitige Schatzmeister stand uns für jegliche Rückfragen zur Verfügung & war bemüht, möglichst alle Fragen mit uns zu klären.

Grundsätzlich gab es folgende Sachverhalte die wir erwähnenswert finden, beziehungsweise bemängeln möchten:

- Der Internet/Telefon-Vertrag kostet monatlich fast 50€. Diese Kosten erscheinen uns sehr hoch. Gegebenenfalls wäre es hier lohnend, einen neuen Vertrag abzuschließen. Diesen Punkt konnten wir aus dem letzten Rechnungsprüfungsbericht (für das Jahr 2018) leider 1:1 übernehmen, da hier weder eine Veränderung noch Evaluation stattgefunden hat.

- Wir freuen uns mitteilen zu können, dass wir es nach Jahren geschafft haben, zu rekonstruieren, wer Alexander Schulz ist. Alexander Schulz ist ein Alias der Grünen Jugend Berlin. Wir freuen uns, dass dieses Mysterium jetzt gelüftet wurde. Zukünftig würden wir anregen, bei der Verwendung von Alias-Personen, welches wir grundsätzlich begrüßen, dieses zu vermerken.

- Wir freuen uns, dass Jannis das Geschäftsjahr 2019 auf Gender-Budgeting analysiert hat. Zusätzlich positiv bemerken möchten wir, dass die Schatzmeisterei nun konstant das Gender-Budgeting im Blick hat & somit eine Steuerung effektiver möglich ist.

- Die Grüne Jugend Berlin hat Rücklagen. Bisher verweilten diese ungenutzt bei der Sparkasse. Im Zuge der Rechnungsprüfung für das Geschäftsjahr 2018 wurde uns von der Schatzmeisterei angekündigt, dass dieses Kapital nun zur Umweltbank wandern soll, um es grün anzulegen. Das ist im Geschäftsjahr 2019, anders als kommuniziert, nicht passiert.

- Keine Bezirksgruppe hat ihre Mittel komplett abgerufen, teilweise wurde gar kein Geld abgerufen. Wir möchten anregen, dass der Landesvorstand mit den Bezirksgruppen ins Gespräch kommt, um zu klären was die Hintergründe sind & ggf. bei der Ideenfindung zu helfen.

- Im vergangenen Jahr wurde angeregt, die Domains, die die Grüne Jugend Berlin besitzt, zu sichten & ggf. aufzugeben, da diese ungenutzt blieben. Dies ist geschehen.

- Im Zusammenhang mit den Domains möchten wir, wenngleich das Problem schon abgestellt ist, darauf hinweisen, dass Dienstleistungen nicht von Firmen bezogen werden sollten, die kontextlos indigene Wörter als Marketing-Tool verwenden. Unsere politische Arbeit für Dekolonialisierung muss auch hier greifen.

- Bei einigen Erstattungsanträgen war nicht ersichtlich, wofür das Geld ausgegeben wurde. Einerseits wurde bei Referent*innen-Geschenken nicht gesagt auf welche Referent*innen bei welcher Veranstaltung es sich bezieht, andererseits sollte in Zukunft bei Ausgaben für Material beschrieben werden, wofür diese Materialien gebraucht wurden. Wir regen an, für Außenstehende nicht klar ersichtliche Erstattungsanträge in Zukunft nicht durchzuwinken sondern konsequent zu korrigieren.

- Wir bitten alle Antragssteller*innen, beim Ausdrucken ihrer Erstattungsanträge auf Nachhaltigkeit zu achten (Recycling-Papier, doppelseitig Drucken, evtl. auch Schmierpapier).

- Wir haben positiv festgestellt, dass die Mahnungen wegen versäumter Rechnungszahlungen sich mittlerweile in einem vertretbaren Rahmen bewegen.

- Wir regen zukünftig eine frühere Vorstandswahl an, damit die Konto-Übergabe noch vor dem Jahreswechsel stattfinden kann & somit Probleme, die in der Vergangenheit bestanden, abgestellt werden können.

- Im Personalbereich gab es im Haushaltsjahr 2019 eine unübliche, nicht unerhebliche Ausgabe, auf die wir bei der Rechnungsprüfung gestoßen sind. Aus Gründen des Datenschutzes ist es uns nicht möglich, näher zu beschreiben, um welchen Vorgang es sich handelt. Weil es dazu keine Unterlagen gab und uns auch die Schatzmeisterei die offenen Fragen diesbezüglich nicht beantworten konnte, haben wir sowohl den LaVo als auch die LGS der Grünen um eine schriftliche Beantwortung der offenen Fragen gebeten. Trotz der Antworten konnten wir uns kein vollständiges Bild machen, um die Transaktion und deren Notwendigkeit nachvollziehen zu können. Uns drängt sich der Eindruck auf, dass diese Ausgabe durch weitsichtigeres Handeln hätte vermieden werden können. Es gab keine Protokollierung oder Dokumentation über den notwendigen Beschluss des damals amtierenden Landesvorstands, sodass wir uns hierbei allein auf die Aussage eines verantwortlichen Vorstandsmitglieds stützen können. Trotz allem gab und gibt es nach derzeitigem Kenntnisstand zum Zeitpunkt der Rechnungsprüfung keine Hinweise auf vorsätzliches oder grob fahrlässiges Handeln.

Grundsätzlich wurde der Haushaltsplan gut geführt und eingehalten. Die entstandenen Soll/Ist-Beträge sind nachvollziehbar und Abweichungen meist gut begründet. Nur die Ansetzung von nicht planbaren Spenden von Privatpersonen als Einnahme sehen wir kritisch, da dadurch Fehlbeträge entstehen können.

Die Rechnungsprüfung empfiehlt der Landesmitgliederversammlung, den Landesvorstand trotz der beschriebenen Beanstandungen für das Haushaltsjahr 2019 zu entlasten.